

In den Fußstapfen von Helmut Kohl: Eltern und Lehrkräfte starten Petition zur Abschaffung staatlicher Bekenntnisschulen in NRW

Ein Drittel aller Grundschulen in NRW sind staatliche Bekenntnisschulen, 90% davon katholisch. Jedes Jahr wieder führt das dazu, dass hunderte Kinder, die gemeinsam den Kindergarten besucht haben, nicht zusammen eingeschult werden können – weil sie die Religion trennt. Im März 2021 haben sich Eltern und Lehrkräfte aus ganz NRW zusammengetan, um mit einer Petition eine Umwandlung aller Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen zu fordern. Bis November 2021 wollen sie 29.000 Unterschriften sammeln und sich mit dem Anliegen an den Landtag NRW wenden. Sie fordern: „Religion darf für die Aufnahme von Kindern an öffentlichen Grundschulen in NRW keine Rolle mehr spielen. Kinder müssen an der nächstgelegenen öffentlichen Schule zusammen lernen dürfen!“ Staatliche Bekenntnisschulen werden genauso wie Gemeinschaftsgrundschulen zu 100% von allen Steuerzahlern finanziert, Träger sind bei beiden Schularten die Kommunen.

Viele der Initiatoren und Initiatorinnen kommen aus Städten, in denen Kinder in diesem oder im vergangenen Jahr von der Wunschgrundschule abgelehnt wurden, weil sie nicht katholisch getauft sind. Unter anderem In Bocholt, Olpe, Telgte und Bonn mussten Eltern ihren Kindern erklären, warum ihre Kinder im kommenden Schuljahr nicht mit ihren Freunden auf die örtliche Grundschule gehen dürfen. Sarah Melis aus Bocholt ist nicht bereit, das klaglos hinzunehmen: *„Wir sind evangelisch. Allein aus diesem Grund darf unser Sohn nicht zusammen mit seinen Kindergartenfreunden auf die nahegelegene Grundschule, obwohl der ältere Bruder bereits dort ist.“* 7 von 10 Grundschulen in Bocholt sind katholisch. In Telgte wurden im vergangenen Jahr 2 der 3 katholischen Grundschulen von den Eltern per Abstimmung umgewandelt, um den „unerträglichen Zustand“ zu beenden, wie die Eltern es dort formulierten. Max Ehlers aus Bonn, Mitgründer der Initiative „Kurze Beine – kurze Wege“, nennt als Hauptantrieb für sein Engagement: *„Es ist absurd, sich über fehlenden Integrationswillen von Eingewanderten in zweiter oder dritter Generation zu beklagen, wenn man an staatlichen Grundschulen Kinder nach Religionen trennt.“*

Die Petition wendet sich auch gegen die Diskriminierung von Lehrkräften aufgrund ihres Glaubens oder Nichtglaubens: Die Konfession spielt immer noch eine entscheidende Rolle dafür, ob Lehrkräfte an einer Bekenntnisschule in NRW eine feste Stelle bekommen oder eine Leitungsfunktion übernehmen dürfen. Freie Rektorenstellen an öffentlichen Bekenntnisschulen werden oft nicht nachbesetzt, obwohl es fachlich kompetente Kandidat/innen gibt. Das Bekenntnis ist wichtiger als die Qualifikation. Nach Ansicht der Petenten verstößt die geltende Regelung gegen das Grundgesetz.

Petition: **ENDLICH GERECHTIGKEIT: SCHLUSS MIT DISKRIMINIERUNG AN GRUNDSCHULEN IN NRW!**
www.openpetition.de/bekenntnisschule

Weitere Informationen zum Thema: www.kurzebeinekurzewege.de

Für Interviews und weitere Anfragen stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

- Max Ehlers, , Tel. 01578 4880279
- Betül Isiklar, Olpe (3 von 4 Grundschulen katholisch), kontakt@kurzebeinekurzewege.de
- Sarah Melis, Bocholt (7 von 10 Grundschulen katholisch), kontakt@kurzebeinekurzewege.de

Über die Initiative Kurze Beine – kurze Wege

Die Initiative „Kurze Beine – kurze Wege“ hat sich 2009 in Bonn gebildet, nachdem durch eine Entscheidung der damaligen Landesregierung das Bekenntnis bei der Schulwahl wichtiger wurde als die Wohnortnähe. Der Kabarettist Jürgen Becker sprach seinerzeit über den „Schwachsinn mit den Bekenntnisschulen in Nordrhein-Westfalen“. 2015 erreichte die Initiative, dass die Bedingungen für die Umwandlung von Bekenntnisschulen durch eine Schulgesetznovelle verbessert wurden. Eine grundsätzliche Änderung der Situation ergab sich daraus aber nicht.

Staatliche Bekenntnisschulen gab es in der Nachkriegszeit auch in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Sie wurden dort aber bis 1970 in Gemeinschaftsschulen umgewandelt. Helmut Kohl wurde dafür in Rheinland-Pfalz als Reformator gefeiert. Der Initiative geht es ausdrücklich nicht darum, Religion aus der Schule zu verbannen. Sie darf aber erst Recht nicht dazu dienen, dass Kinder und Lehrkräfte an staatlichen Schulen diskriminiert werden.

Bekenntnisschulen in Zahlen (s. auch www.kurzebeinekurzewege.de/zahlen)

Im Schuljahr 2019/20 gab es in NRW insgesamt 641.222 GrundschülerInnen (1970: 1.071.127), davon waren

- 31,4% römisch-katholisch (2001/2: 44,2%)
- 20,7% evangelisch (30,2%)
- 20,5% ohne Konfession (9,4%)
- 20,2% muslimisch (11,8%)
- 7,2% andere Konfessionen

44,4% der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Grundschulen haben eine Zuwanderungsgeschichte, davon 15,1% eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit.

Von den insgesamt 2.783 Grundschulen sind 2.713 öffentlich. In NRW sind lediglich 70 und damit 2,5% der Grundschulen staatlich anerkannte private Ersatzschulen. Die Verteilung nach Schularten ist wie folgt:

- 1.885 Gemeinschaftsgrundschulen (67% aller Grundschulen, im Vorjahr 1.881)
- 804 römisch-katholische Grundschulen (29%, im Vorjahr 808)
- 89 Evangelische Grundschulen (3%, im Vorjahr 88)
- 2 jüdische Grundschulen
- 1 mennonitische Grundschule
- 1 russisch-orthodoxe Grundschule
- 1 Weltanschauungsschule (seit Schuljahr 2017/18)

Insgesamt gibt es demnach 898 Bekenntnisgrundschulen, die sehr ungleichmäßig über das Bundesland verteilt sind. Während es 2013 in 116 Gemeinden keine einzige Bekenntnisgrundschule gab, war diese in 75 Kommunen die einzige Schulart. In 153 Städten waren mindestens die Hälfte der Schulen konfessionell gebunden.



Berichterstattung

Migazin, 16.4.2021, [NRW trennt Grundschulkinder nach Religionszugehörigkeit](#)

Siegener Zeitung, 14.4.2021, [Umwandlung zu Gemeinschaftsschulen kompliziert](#)

General-Anzeiger Bonn, 6.4.2021, [Initiative in Bonn will Bekenntnisschule abschaffen](#)

Bocholter Borkener Volksblatt, 30.3.2021, [Bocholter Eltern fordern, Bekenntnisschulen abzuschaffen](#)